



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Außenpolitik	7
4.	Türkische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Außenpolitik	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -
www.fescyprus.org
www.facebook.com/FEScyprus

1. Das Zypernproblem

Am 16. März kam der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs, Espen Barth Eide, für einen dreitägigen Besuch nach Zypern. Während seines Besuches traf sich Eide mit den griechisch- und türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertretern, Präsident Nicos Anastasiades und Dervisch Eroglu, sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Medienschaffenden beider Bevölkerungsgruppen.

Eides Besuch fiel zeitlich mit der Erklärung des Außenministers der `TRNZ`¹, Özdil Nami, zusammen, in welcher Nami ankündigte, dass das von der Türkei ausgestellte NAVTEX (Navigational Telex) für das türkische Forschungsschiff `Barbaros`, das am 6. April ablaufen sollte, nicht erneuert werde. Diese Entwicklung wurde als eine Antwort auf die Entscheidung von ENIKOGAS gewertet, die Probebohrungen in Block 9 innerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Zyperns zu beenden und auf längere Zeit keine neuen Bohrungen aufzunehmen. Der Stopp der Probebohrungen –einhergehend mit der Nichterneuerung des NAVTEX

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Der Acquis communautaire ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

für die `Barbaros`– war die Hauptbedingung von Seiten der türkischen bzw. griechischen Zyprioten für die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen sprach Eide von einer `realen Möglichkeit` für eine Wiederaufnahme der Gespräche und betonte die Absicht der UN Vorschläge vorzulegen, um den Stillstand im Friedensprozess zu beenden. Der Diplomat wird am 6. April nach Zypern zurückkehren. Es wird erwartet, dass die Wiederaufnahme der Verhandlungen entweder nach den Präsidentschaftswahlen im Norden, die am 19. April stattfinden, oder Anfang Mai bekanntgegeben wird. Am 30. März verließ die `Barbaros` den Hafen von Famagusta, wo sie seit dem 30. Dezember geankert hatte.

Derweil betonte US-Präsident Obama in einem zweimonatlich erscheinenden Bericht, dass er Zyperns Recht unterstütze, die Gasfunde vor der Insel auszubeuten. Im Rahmen einer umfassenden Lösung der Zypernfrage müssten die möglichen Gewinne beiden Seiten gleichermaßen zu Gute kommen. Der Bericht wurde dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses sowie des US-Senats, Edward R. Royce, am 16. März vorgelegt und bezieht sich auf den Zeitraum zwischen dem 1. Oktober und dem 30. November 2014.

Am 30. März gab der Präsident des türkischen Fußballverbandes KTFF, Hasan Sertoglu, bekannt, dass der KTFF einen Antrag um Aufnahme in den zypriotischen Fußballverband KOP gestellt habe, nachdem die Frage bezüglich der Transfers türkisch-zypriotischer Fußballspieler in die Türkei und die damit für die Clubs verbundenen Probleme während einer Frist von

45 Tagen nicht gelöst werden konnte. Die Entwicklung wurde in einigen lokalen Medien und von FIFA-Präsident Sepp Blatter als eine `Wiedervereinigung des Fußballs` beschrieben, während der türkisch-zypriotische Minister für Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Sport, Serdar Denktas, und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter, Dervisch Eroglu, diesen Schritt kritisierten. In einem Schreiben an die Fußballvereine kritisierte Denktasch die Darstellung, dass die Mitgliedschaft in KOP eine Befreiung des türkisch-zypriotischen Fußballs sei. Vielmehr sei die Politik gescheitert und der Fußball in der TRNZ am Ende. Im November 2013 hatten der KTFF und KOP in Zürich eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach die KTFF – und damit einhergehend die türkisch-zypriotischen Fußballvereine und Spieler – in die Zuständigkeit der KOP fallen und diese als offizielle Verbandsmitglieder anerkannt werden. Ein Beitritt des türkisch-zypriotischen Fußballverbandes zum Verband der griechisch-zypriotisch dominierten Republik Zypern wäre das erste Mal seit dem Zusammenbruch der verfassungsmäßigen Ordnung 1963 und der gewaltsamen Teilung der Insel 1974, dass eine türkisch-zypriotische Organisation unter den Schirm der staatlichen Organisationen der Republik Zypern zurückkehrt.

Am 28. Februar fand in Ankara eine Konferenz mit dem Titel `Die Türkei und Zypern: Regionaler Friede und Stabilität` statt. Die Veranstaltung wurde von der bikommunalen Nichtregierungsorganisation Cyprus Academic Dialogue (CAD) mit Unterstützung der australischen Botschaft in Nikosia, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Conflict Analysis Research Centre der Universi-

tät Kent, dem British Institute at Ankara (BIA) und der australischen und britischen Botschaft in Ankara organisiert. Die Konferenz brachte griechische, türkische und zypriotische Politiker, Akademiker sowie politische Entscheidungsträger mit der Absicht zusammen, sich über das Zypernproblem und die Beziehungen zwischen den Interessenvertretern auszutauschen. Die zypriotischen Akademiker präsentierten dabei einen Vorschlag der schrittweisen Annäherung (piecemeal approach), welche aus bestimmten vertrauensbildenden Maßnahmen besteht, um den derzeitigen Stillstand zu beenden und zu einer Lösung der Zypernfrage zu gelangen. Am Ende der Konferenz gab es einen Konsensus über die Notwendigkeit aller Parteien sich auf die gemeinsame Erklärung vom 11. Februar 2014 zu stützen. Man kam auch überein, dass Griechenland und die Türkei die Bemühungen im Verhandlungsprozess aktiv unterstützen sollten. Das Cyprus Dialogue Forum, bestehend aus politischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und NGOs beider Bevölkerungsgruppen, veröffentlichte zudem eine Erklärung, in welcher die Rolle des Forums zur Unterstützung in den Verhandlungen und der Erreichung einer von beiden Seiten getragenen föderalen Lösung der Zypernfrage hervorgehoben wird.

Die beiden Bürgermeister von Nicosia, Mehmet Harmanci und Constantinos Yiorkadjis, nahmen eine Inspektion des Gebietes entlang der UN-Pufferzone vor, welche die Stadt in zwei Teile spaltet. Im Besonderen wurde das Abwassersystem, Möglichkeiten zur Brandbekämpfung sowie der Schutz von historischen Stätten innerhalb jenes Teils der Pufferzone,

welche durch die Stadt verläuft, näher betrachtet.

Die Europäische Kommission hat den siebten Unterstützungsvertrag mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unterzeichnet, welches das Komitee für vermisste Personen (Committee on Missing Persons, CMP) mit weiteren 2,6 Millionen Euro unterstützen soll. Die EU ist seit 2006 die Hauptfinanzierungsquelle für das Komitee, wobei sich die Summe der Fördermittel für das CMP bis dato auf 14,7 Millionen Euro beläuft.

Während eines zehntägigen Programms mit dem Titel ‚Grenzen überschreiten‘ kamen türkische und griechische Zyprioten und internationale Künstler zusammen, um Wege zur Überwindung jener Grenze zu finden, die Zypern in zwei Teile spaltet. Das Residenzprogramm ist Teil des Projekts ‚Konfrontation durch Kunst‘, welches von der EU finanziert und von zwei zypriotischen Organisationen (jeweils eine im Nord- und Südteil von Nicosia) mitorganisiert wird. Das Programm startete im Herbst 2014 und endet voraussichtlich im Jahr 2017. Es nutzt verschiedene Projekte wie z.B. Kinder-Workshops und Vorlesungen, um die bikommunale Zusammenarbeit zu stärken und die unterschiedlichen Perspektiven in Zypern zusammenzubringen.

2. Gasvorkommen

Das italienisch-koreanische Konsortium ENI-KOGAS beendete die zweite Runde der Probebohrungen ohne nennenswerte Vorkommen im Amathusa-Feld in Block 9 gefunden zu haben,

nachdem das Konsortium auch in dem Onasagoras-Feld keine verwertbaren Gasfunde gemacht hatte. Dennoch bat die zyprische Regierung ENI-KOGAS ihr geologisches Modell neu zu bewerten. Zwar ist das Konsortium vertraglich verpflichtet, an wenigstens vier Stellen vor Ablauf der vereinbarten Frist im Februar 2016 Testbohrungen durchzuführen. Nach zwei Misserfolgen scheint dies jedoch unwahrscheinlich. Laut Energieexperte Charles Ellinas könnte das Unternehmen um eine Vertragsverlängerung um ein oder zwei Jahre bitten.

Am 18. März unterzeichneten der Energieminister, Giorgos Lakkotrypis, und der Hauptgeschäftsführer von Total E&P Cyprus B.V., Jean-Luc Porcheron, eine Vereinbarung über weitere Erkundungsarbeiten in Zyperns AWZ, um die Aussichten von Block 11 weiter zu prüfen. Das Ministerium hatte zuvor bekannt gegeben, dass Total keine lohnenswerten Bohrziele innerhalb der Blöcke 10 und 11, für die das Unternehmen eine Bohrlizenz hat, finden konnte.

Am 17. März gab Lakkotrypis bekannt, dass das amerikanische Unternehmen Noble Energy einen Entwicklungsplan für das Aphrodite-Reservoir vorlegen und das Feld demnächst für kommerziell rentabel erklären werde. Somit wird Zypern von der Erkundungs-, zur Entwicklungs- und Nutzungsphase seiner Gasvorkommen übergehen. Laut Noble Energy verfügt das Aphrodite-Feld erwiesenermaßen über Reserven zwischen 3,6 und 6 Trillionen Kubikfuß (tcf). Inoffiziell korrigiert das Unternehmen mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit das Vorkommen auf ca. 3,1 tcf. Die Leiterin der Cyprus Hydrocarbons Company (CHC), Toulia Onoufriou, geht

davon aus, dass das Gas für den heimischen Verbrauch und regionale Exporte verwendet werden könnte. Im Hinblick auf die Exportmöglichkeiten haben die CHC und das ägyptische Pendant EGAS eine vorläufige Vereinbarung bezüglich einer technischen Studie über die Nutzung einer Unterwasserpipeline und sich an Land befindliche Infrastrukturmöglichkeiten für den Export nach Ägypten unterzeichnet. CHC führte ebenfalls Gespräche mit BG Egypt über den möglichen Export zypriotischen Gases an deren LNG-Anlagen in Idku, Ägypten.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im März sah sich die Präsidentin der zypriotischen Zentralbank (CBC), Chrystalla Georghadji, erneut mit Vorwürfen aufgrund eines Interessenskonfliktes konfrontiert. Am 2. März trat die Konkursverwalterin der Laiki Bank, Andri Antoniadis, zurück. Antoniadis begründete diesen Schritt mit wiederholten Beschuldigungen hinsichtlich eines möglichen Interessenskonfliktes der Zentralbankchefin, deren Ex-Mann, Andreas Georghadji, den ehemaligen Laiki-Chef Andreas Vgenopoulos vertritt. Dies führte dazu, dass A. Georghadji sein Mandat niederlegte und Vgenopoulos künftig nicht mehr vor Gericht vertreten wird. Als einen weiteren Grund für ihre Entscheidung nannte Antoniadis die Berufung der Limassoler Anwaltskanzlei Chrysses Demetriades & Co LLC als Kopf des Anwaltsteams, welches vor Gericht

gegen Vgenopoulos antreten soll. Die Kanzlei hatte 2008 ein Darlehen mit günstigen Bedingungen von der Laiki Bank erhalten, als Vgenopoulos dem Bankhaus vorstand. Am 10. März wurde die Kontroverse erneut angefeuert, als während einer Sitzung des parlamentarischen Ethikausschusses der Vorstandsvorsitzende Stelios Kiliaris behauptete, die Zentralbankchefin habe den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Rikkos Erotokritou beschuldigt, Schmiergelder in einem privaten Fall gegen die Abwicklungsbehörde angenommen zu haben, deren Mitglieder teilweise dem Vorstand der CBC angehören. Kiliaris gab weiter an, das Gheorghadji eine Liste mit den Namen jener Abgeordneten verfasst habe, welche ihre Darlehen nicht bedienen können. Es wurde der Verdacht geäußert, dass diese Liste als Druckmittel gegen die Parlamentarier benutzt werden sollte. Daraufhin ordnete Generalstaatsanwalt Costas Clerides eine Untersuchung an, während Gheorghadji bis dato alle Anschuldigungen bestreitet. Am 20. März trat mit Stavros Zenios ein weiteres Vorstandsmitglied der CBC zurück. Seiner Meinung nach habe der Vorstand der Zentralbank seine Glaubwürdigkeit verloren und sei daher nicht mehr funktionsfähig. Als weitere Gründe nannte er politisch motivierte Einmischungen und die Verfolgung von persönlichen Interessen durch Vorstandsmitglieder. Im Oktober 2014 hatte Präsident Anastasiades Gheorghadji beschuldigt, eigenhändig eine Interessenskonfliktsklausel in ihrem Arbeitsvertrag mit der Zentralbank entfernt zu haben. Politiker aller Couleur wie auch der Präsident hatten damals den Rücktritt der Zentralbankchefin gefordert.

Am 30. März beendete das Parlament die Beratungen über einen fünften Gesetzesentwurf hinsichtlich der Rahmenbedingungen für ein Insolvenzgesetz, welches sowohl Privat- wie auch Unternehmenskonkurse regeln soll. Dieser Gesetzesentwurf bezieht sich auf den Schutz von Erstwohnsitzen, Geschäftsräumen und die Verpflichtungen von Bürgen gegenüber dem Hauptgläubiger. Es ist geplant, den Gesetzesentwurf am 2. April dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Mit dem Inkrafttreten des Insolvenzgesetzes soll den Bedenken der Oppositionsparteien bezüglich der Zwangsvollstreckungsgesetze Rechnung getragen werden. Die Umsetzung ist eine Hauptverpflichtung Zyperns in dem mit der Troika² vereinbarten Rettungsprogramm.

Die Ratingagentur Standard&Poor's änderte Zyperns Wirtschaftsprognose von stabil auf positiv und bewertete sowohl die lang- wie auch kurzfristigen Fremdwährungsverbindlichkeiten mit B+ bzw. B.

Laut Eurostat nahm die Arbeitslosenquote in Zypern zu und lag im Februar bei 16,3% im Vergleich zu 16,2% im Januar und 15,6% im Vorjahresmonat.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 1. März wurde Marinos Sizopolous zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei EDEK gewählt. Er konnte sich bei der Wahl um die Nachfolge von Yiannakis Omirou gegen

Giorgos Varnava durchsetzen. Omirou war zurückgetreten, da seine Autorität innerhalb der Partei nach eigener Einschätzung fortwährend untergraben worden war. Sizopoulos gewann die Wahl mit 60% der Stimmen (2.519), während Varnava 1.686 Stimmen erhielt. In einem wohl politisch motivierten Schritt nahmen weder Varnava noch andere EDEK-Abgeordnete an Sizopoulos Amtseinführung teil.

Am 26. März erklärte Nicolas Papadopoulos, dass die Focus Maritime Corporation des griechischen Reeders Michalis Zolotas, der ein enger Vertrauter von Vgenopoulos ist, 2008 Wahlkampfgelder an die AKEL und die DISY gespendet habe. Ziel sei es gewesen die Wiederwahl von Tassos Papadopoulos zu verhindern, der gegen den AKEL-Kandidaten Demetris Christofias und den Kandidaten der DISY, Ioannis Kasoulides, antrat.

Im März wurden der ehemalige Direktor der Finanzabteilung der Cyprus University of Technology (TEPAK) und der Leiter der Grundstücksverwaltung, Zenon Achillides, im Zusammenhang mit dem Missmanagement von Geldern bezüglich der Mietverträge von drei von der Universität genutzten Gebäude für sieben Tage in Polizeigewahrsam genommen. Die Polizei untersucht wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel. Laut Generalrechnungsprüfer Odysseas Michaelides handelt es sich dabei um einen Skandal, welcher zweifelhafte Verträge für ca. 60 Gebäude, die für die Unterbringung von Studenten angemietet wurden, umfasst. Es soll sich dabei um Summen in Millionenhöhe handeln.

² Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF).

Laut dem Verkehrsministerium will sich Zypern um einen der Simulationsorte für das Mars One-Projekt bewerben. Mars One ist die erste, für 2024 geplante bemannte Mission zum Roten Planeten. Dies könnte sich dem Ministerium für Wirtschaft und Tourismus zufolge, positiv auf den Tourismus auswirken und gleichzeitig Zyperns Ambitionen in der Raumfahrt entgegenkommen. Außerdem gab Minister Marios Demetriades im März bekannt, dass Zypern eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA plane. Demetriades sagte auch, dass Unternehmen – im Bereich der Satellitenkommunikation – Zypern als ihre Basis nutzen und gleichzeitig weitere Technologien für die Raumfahrt entwickeln könnten.

Außenpolitik

Präsident Anastasiades rügte den amerikanischen Botschafter in Zypern, John Koenig, für dessen Tweets. Er hatte sich am 1. März nach dem Tod des russischen Regimekritikers Boris Nemtsov negativ über die russische Regierung geäußert. Anastasiades interpretierte die Tweets als beleidigend, da augenscheinlich eine Verbindung zwischen dem Besuch des Präsidenten in Russland und der Ermordung Nemtsovs gezogen wurde. Erzbischof Chrysostomos II verlangte sogar die Abberufung von Koenig. Dies kann als ein weiteres Zeichen für die zunehmend kritische Haltung der zypriotischen Regierung gegenüber den USA bewertet werden. Koenig versuchte, die Situation zu retten, indem er betonte, dass die beiden Tweets in keinem Zusammenhang zueinander stünden

und er missverstanden worden sei. Am 26. März benannte Präsident Obama Kathleen Ann Doherty als Koenigs Nachfolgerin, da dessen dreijährige Amtszeit im Sommer abläuft.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im März fiel der Wert der Türkischen Lira (TL), welche auch im Norden als Zahlungsmittel verwendet wird, auf einen neuen Tiefststand mit 2,6290 TL zu einem US-Dollar. Dies geschah vor dem Hintergrund eines erstarkenden Dollar und der Bedenken von Investoren bezüglich der Entwicklung der türkischen Wirtschaft. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres war laut der staatlichen Planstelle (SPO) die Inflation im Norden Zyperns negativ und lag bei -2,14%. Der Unterstaatssekretär der SPO führt dies auf die fallenden Benzin-, Strom- und Gaspreise sowie den Winterschlussverkauf im Bekleidungssektor zurück.

Laut den Zahlen der türkisch-zypriotischen Abteilung für Wirtschaft nahmen die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 11% zu und lagen 2014 bei 130.607.814 US-Dollar. Der größte Markt für türkisch-zypriotische Produkte war mit 58,5% die Türkei gefolgt vom Mittleren Osten und arabischen Ländern mit 30,3% und der EU mit 6,2%. Im Jahr 2008 lagen die Exporte in die jeweiligen Länder bei 49,9%, 17% und 20%.

Die Europäische Kommission lancierte eine Ausschreibung in Höhe von 1,5 Millionen Euro für Projekte, welche Innovationen und Wandel in den Schulen voranbringen sollen und somit die Beschäftigungsfähigkeit von türkischen Zyprioten verbessern sollen. Das Programm soll die Qualität und Effizienz in Bildung und Berufsausbildung verbessern sowie Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und aktiven Bürgersinn fördern. Außerdem sollen nach Plänen der Kommission lebenslanges Lernen und Unternehmergeist aktiv gestärkt werden.

Der stellvertretende Premierminister und Minister für Wirtschaft, Tourismus, Kultus und Sport, Serdar Denktasch, betonte, dass die türkisch-zypriotische Wirtschaft nur dann wachsen könne, wenn sie in die türkische Wirtschaft eingebunden sei. Denktasch fügte hinzu, dass das politische System einer Reform bedürfe und dass der Wechsel zu einem Präsidialsystem zukunftsweisend und alternativlos sei.

Innenpolitische Entwicklungen

Der oberste Wahlkommission gab offiziell sieben Kandidaten bekannt, die bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen am 19. April antreten werden. Der derzeitige Amtsinhaber Derwisch Eroglu stellt sich zur Wiederwahl als unabhängiger Kandidat, wird aber von zwei nationalistischen Parteien unterstützt: seine ehemalige Partei, die oppositionelle National Unity Party (UBP), und dem kleineren Koalitionspartner der Regierungskoalition, die Democratic Party – National Forces (DP-UG). Parlamentssprecherin Sibel Siber geht als die Kandidatin für den größeren Koalitionspartner,

die Republican Turkish Party – United Forces (CTP-BG), ins Rennen. Der ehemalige Bürgermeister von Nikosia und ehemalige stellvertretende Premierminister Mustafa Akinci stellt sich als unabhängiger Kandidat zur Wahl mit der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei (TDP) und der United Cyprus Party (BKP). Der ehemalige türkisch-zypriotische Verhandlungsführer in den Friedensgesprächen, Kudret Ozersay, geht ebenfalls als unabhängiger Kandidat in die Wahl und wird von der von ihm gegründeten Sozialen Bewegung unterstützt. Mustafa Onurer ist der Kandidat der Cyprus Socialist Party, während sich Arif Salih Kirdag und Mustafa Ulas als unabhängige Kandidaten ohne die Unterstützung einer politischen Organisation zur Wahl stellen.

Es wird nicht erwartet, dass einer der Kandidaten in der ersten Runde eine Mehrheit bekommen wird. Daher ist eine zweite Wahlrunde am 26. April sehr wahrscheinlich. Nach den Meinungsumfragen zu schließen, haben drei Kandidaten gute Chancen in die zweite Runde zu kommen: Eroglu, Siber und Akinci.

Insgesamt sind 176.912.693 Bürger wahlberechtigt. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2010 waren noch 164,072 Bürger stimmberechtigt gewesen. Die 693 Wahllokale verteilen sich auf fünf Wahlbezirke mit den entsprechenden Wahlberechtigten: Nicosia – 55.763; Famagusta – 45.992; Kyrenia – 35.397; Morfou – 20.809; Iskele (Trikomo) – 18.951.

Nach einem Treffen des Präsidenten des türkischen Fußballverbandes (TFF), Yildirim Demiroren, und dem türkisch-zypriotischen

Präsidenten Eroglu letzten Monat in Nikosia, in dem die Probleme der türkisch-zypriotischen Fußballvereine im Zentrum standen, hat der TFF bei der FIFA die Eröffnung einer Vertretung der FIFA im Nordteil Nikosias beantragt ohne den türkisch-zypriotischen Fußballverband KTFB zu informieren. Der Vorsitzende des KTFB Sertoglu gab an, dass dies eine Beleidigung für den KTFB sei und sprach sich gegen den Antrag aus. Er sei überrascht und geschockt gewesen, als er den Brief der FIFA erhalten habe, in dem um die Meinung des KTFB in dieser Frage gebeten wurde. Später gab Sertoglu bekannt, dass die FIFA den Antrag des TFF abgelehnt habe. Die Reaktion der regierenden Koalitionspartner fiel unterschiedlich aus. Während der Vorsitzende der DP-UG, Denktasch, die Initiative des TFF begrüßte, kritisierte der Vorsitzende der CTP-BG die Antrag heftig und sagte, dass Vorschläge oder Anträge, welche den KTFB außen vor ließen, unakzeptabel seien.

Derweil rief ein Protokoll zwischen der Türkei und der türkisch-zypriotischen Regierung, welches die Eröffnung und Koordination eines Büros des türkischen Ministeriums für Jugend und Sport im Nordteil Zyperns vorsieht, negative Reaktionen hervor. Mehr als sieben zivilgesellschaftliche Organisationen veröffentlichten eine Erklärung, in welcher zu der Annullierung des Protokolls aufgerufen wird, während zwei politische Parteien, die TDP und die BKP, Klage gegen die am Protokoll beteiligten Minister beim Höchsten Verwaltungsgericht einreichten. Der Vorsitzende der TDP, Cemal Ozyigit, kritisierte die Regierung, da sie die Verfassung ignoriert habe und fügte hinzu, dass durch die Eröffnung eines Koordinierungsbüros

türkisch-zypriotische Institutionen unter die Kontrolle der Türkei gestellt würden. Der Vorsitzende der BKP, Izzet Izcan, äußerte sich in ähnlicher Weise und sagte, dass es unakzeptabel sei, wie eine türkische Provinz behandelt zu werden.

Die Gewerkschaftsplattform, eine ad hoc gegründete Dachorganisation der links-gerichteten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, hielt einen Streik in Nikosia ab, der einen Marsch zum Büro des Premierministers beinhaltete. Die Streikenden forderten die Abschaffung des ‚Gesetzes zur Regelung der monatlichen Besoldung, des Gehaltes und anderer Vergütungen für Beamte‘ aus dem Jahr 2010. Das Gesetz ist auch unter dem Namen ‚Auswanderungsgesetz‘ bekannt, da die Einstiegsbesoldung im öffentlichen Dienst erheblich herabgesetzt worden war, was zu einer Verarmung der jungen Arbeitnehmer führte und somit zu einer Massenauswanderung.

In einer Pressekonferenz bewertete Premierminister Ozkan Yorgancioglu die Arbeit der aus der CTP-BG und der DP-UG bestehenden Regierungskoalition während der letzten fünf Monate. Wir haben eine Wirtschaft geschaffen, die auf eigenen Füßen stehen kann‘, sagte der Premierminister und lobte die Leistungen der Regierung bei der Steigerung von Mehrwertsteuereinnahmen und der Reduzierung des Haushaltsdefizits. Außerdem habe die Regierung 3.526 Stellen geschaffen und 137 Unternehmer unterstützt als Teil des ‚Projekts zur Unterstützung bei der Einstellung heimischer Arbeitnehmer‘. Die Einnahmen aus dem Tourismus nahmen 2014 um 4,64% zu und

lagen bei 644,7 Millionen US-Dollar. Der stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch nahm nicht an der Pressekonferenz teil, da er auf einer Tourismusmesse in Moskau war. Als Antwort auf die Frage, warum Denktasch nicht anwesend war, schloss Yorgancioglu eine Krise zwischen den Koalitionspartnern aus und erklärte, dass die Koalitionspartner nicht immer einer Meinung sein müssten. Die Tatsache, dass es verschiedene Meinungen gebe, bedeute nicht, dass die Regierung auseinander breche.

Außenpolitik

Außenminister Ozdil Nami traf den EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, in Brüssel. Nami hielt auch Treffen mit einer Reihe von ständigen Regierungsvertretern verschiedener EU-Mitgliedsstaaten ab. Während der Treffen informierte Nami seine Gesprächspartner über die neuesten Entwicklungen in der Zypernfrage und nahm Stellung zu den Entscheidungen einiger EU-Institutionen, welche die Isolierung der türkischen Zyprioten beenden sollen. Nami zufolge sei eine umfassende Lösung des Zypernproblems einfacher zu erreichen, wenn der Integrationsprozess der türkischen Zyprioten in die EU jetzt beginne und bat die EU-Institutionen um Unterstützung bei der Beendigung der Beschränkungen, denen die türkischen Zyprioten ausgesetzt seien.

Die Union türkisch-zypriotischer Gemeinden wurde in den Kongress der Gemeinden und Regionen in Strasbourg als Mitglied aufgenommen, wie der Vorsitzende der Union, Ahmet Benli, bekannt gab. Nachdem er dem Europäi-

schen Rat für die Anerkennung der Rechte der türkischen Zyprioten gedankt hatte, sagte Benli, dass nun die Grundlage für eine aktivere Teilnahme der Gemeindeverwaltungen innerhalb des Kongresses geschaffen worden sei.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Mai

Samstag 16.05. 2015

ECI / European Commission / FES
Konferenz

Conference on the Outcomes of the ECI Invest in Education – Cyprus: 'Lessons from the Success of the European Citizen's Initiative in Cyprus Invest in Education'

University of Cyprus,
Nikosia , Zypern

Öffentliche Veranstaltung





Samstag 16.05. 2015 und Sonntag 17.05. 2015

IKME / BILBAN / FES

Konferenz

Cypriot's Voice Conference

Queen's Bay Hotel

Paphos, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



Samstag 23.05. 2015 und Sonntag 24.15. 2015

POST RI / FES

Workshop

Education for a Culture of Peace as Vehicle for Reconciliation in Cyprus – SDDP Training for 80 Teachers

Atatürk Cultural Centre

Nikosia, Zypern

Home for Corporation (Buffer Zone)

Nikosia, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com